

Editorial

Nachträge können Zusammenhänge erhellen, die in wissenschaftlichen Darstellungen nicht hinreichend beachtet worden sind. Häufig geht es dabei um halbe oder ganze Fehlwahrnehmungen, die zu überdenken sind. Das wird nicht selten von den dadurch Betroffenen als nachtragend empfunden. Geschichtserzählungen erfordern jedoch immer wieder Nachträge, etwa wenn einige Zeit ins Land gegangen ist und Weltansichten sich verändert haben oder neue Fakten ältere Erkenntnisse fragwürdig erscheinen lassen. Auch mühen sich immer wieder Zeitgeistströmungen damit ab, durch Nachträge gegen ihnen nicht genehmen Gegebenheiten vorzugehen. Dabei wiegt das Rechthaben wollen mehr als die widersprechenden Tatsachen oder die Akzeptanz von andersdenkenden Mehr- und Minderheiten. An die Stelle des begründeten Nachtrags tritt dann das Nachtreten, ein derzeit weit verbreitetes Phänomen in diversen gesellschaftlichen Bereichen.

Die wissenschaftliche Wahrnehmung der DDR hat sich seit dem Ende der SED-Diktatur durch zahlreiche Nachträge verändert. Darüber sind zahlreiche Kontroversen zwischen unterschiedlichen Forschungsansätzen zur DDR- und Deutschlandforschung ausgetragen worden. Die Vorgeschichte liegt dabei schon in den einschlägigen Wissenschaftseinrichtungen der alten Bundesrepublik. Die dort gewonnenen Erkenntnisse und angewandten wissenschaftlichen Methoden erfuhren nach der Wiedervereinigung Deutschlands durch Nachträge aus den Archiven der SED-Diktatur und alltagsgeschichtlichen Feldforschungen Bestätigungen, Ergänzungen und Korrekturen. In den 1990er Jahren fanden dabei parteipolitische Kontroversen über die doppeldeutsche Vergangenheit in starkem Maß Resonanzräume in wissenschaftlichen Diskursen. Derzeit versuchen vor allem ostdeutsche Wissenschaftler, sich durch steile Thesen im politischen Raum Gehör zu verschaffen. Als seien sie auf der Suche nach einer verlorenen Zeit, präsentieren sie die Gebiete östlich der Elbe als eine Welt der Erniedrigten und Beleidigten. Das Ostsein oder die kommunistische Vergangenheit wird mit neuem Hintersinn aufgeladen, die SED-Diktatur rückblickend zum schönen Krenz-Land, die von der Mehrheit der DDR-Bürger gewählte schnelle Wiedervereinigung zur „Übernahme“ und überhaupt soll „der Osten eine westdeutsche Erfindung“ gewesen sein.

Die DDR jedenfalls war eine sowjetische Erfindung und die dort fast allmächtigen deutschen Überwachungsinstanzen waren nicht immer im Bilde, was die sowjetische Vormacht in der DDR und von deren Staatsgebiet aus gen Westen so getrieben hat. Hanns-Peter Bruchhäuser liefert hierzu einen erhellenden Nachtrag über die Geschichte von Günther Ludwig, einem ehemaligen Oberst der Wehrmacht, der via Nationalkomitee Freies Deutschland zum Oberst der Kasernierten Volkspolizei wurde und samt Familie und Freundeskreis zum jahrelangen Beobachtungsfall für den DDR-Staatssicherheitsdienst. Den dort tätigen eifrigen Aufpassern kamen insbesondere Ludwigs Westkontakte zu alten Kameraden verdächtig vor. Erst nach Jahren ging ihnen ein Licht auf und sie stellten abrupt ihre Überwachungsmaßnahmen gegen Günther Ludwig ein. Denn er war als Kontaktmann für den „befreundeten Dienst“ in die sowjetische Deutschlandpolitik eingebaut worden und führte seine ‚deutschen Gespräche‘ im Sinne der Moskauer Westpolitik. „Die Freunde“ sahen jedoch keine Veranlassung das ihren „DDR-Brüdern“ mitzuteilen.

Nachträge zur „sozialistischen Moral“ in den bewaffneten Organen, an deren Aufbau Oberst Ludwig in den 1950er Jahren starken Anteil hatte, finden sich im Beitrag von Angela Schmole. Erich Mielke ließ sich über die feucht-fröhlichen Ausschweifungen in

seiner Truppe und der Nationalen Volksarmee auf dem Laufenden halten. Zum Einschreiten sah er sich dann aber nur veranlasst, wenn sich derlei in seinem unmittelbaren Verantwortungsbereich ereignet hat. Über die „sozialistische Moral“ der Anderen hat er offenbar nur eifrig Buch geführt.

Einen Nachtrag in eigener Forschungssache über die als angebliche Rädelsführerin des 17.-Juni-Aufstandes in Halle hingerichteten „Kommandeuse“ Erna Dorn hat André Gursky dieser Ausgabe beige-steuert. Dabei geht es um die Frage, wer diese Frau eigentlich war und um das Rätsel, welche Frau überhaupt hingerichtet worden ist. Peter Erler hat bereits mehrfach in dieser Zeitschrift über Berliner Haftanstalten nach Kriegsende publiziert. Sein aktueller Beitrag trägt nach, welche Folgen die Spaltung Berlins für das Gefängniswesen der Stadt nach sich zog. Auch der Beitrag von Hannes Schwenger ist als Nachtrag zu lesen, da er an eine kurzlebige Literaturzeitschrift erinnert, die Anfang der 1980er Jahre mit Texten von unangepassten DDR-Autoren und linken westdeutschen Nonkonformisten den gesamtdeutschen politischen und literarischen Austausch am Leben zu halten suchte. Herausgeber Friedrich Kröhnke, der zu den linken Befürwortern einer Wiedervereinigung gehörte, hatte 1976 Jakob Moneta zur Einladung von Wolf Biermanns inspiriert. Ein Nachtrag zu der in Nr. 30/2011 dieser Zeitschrift veröffentlichten Geschichte der 1955 in Dresden hingerichteten ehemaligen MfS-Mitarbeiter Susanne und Bruno Krüger behandelt nun das Schicksal ihres Sohnes, der als zweijähriges Baby von MfS-Beauftragten aus West- nach Ost-Berlin entführt worden ist. Aus Jürgen Krüger wurde in der DDR Jürgen Ciecki, der in den 1970er Jahren zur Weltspitze im Gewichtheber Sport gehörte. Der starke Mann ist vor zwei Jahren plötzlich gestorben. Die mit ihm geführten Zeitzeugengespräche konnten nicht mehr abgeschlossen werden.

Humberto Cedeno trägt mit einem weiteren Baustein zu den Beziehungen der DDR nach Lateinamerika bei. Diesmal widmet er sich den Beziehungen zwischen der DDR und Ecuador, bei denen es vor allem um die Banane ging. Den schwierigen Umgang mit zwei Diktaturen in Deutschland behandelt Klaus Schroeders Beitrag, in dem er sich auch mit linkem und rechten Geschichtsrevisionismus auseinandersetzt. Mit einigen spezifisch ostdeutschen Geschichtsbegründungen befasst sich diesmal „Buch und Diskussion“ und im Rezensionsteil dieser Ausgabe werden wie immer neue Bücher über die DDR und die deutsch-deutsche Geschichte vorgestellt.

Für einen Nachtrag der besonderen Art sorgte der Beitrag von Werner Schulz „Annullierte Aufarbeitung“ aus der ZdF-Ausgabe Nr. 50/2023. Die Anwaltskanzlei von Ilko-Sascha Kowalczuk schickte im März 2023 eine Abmahnung mit Unterlassungsforderungen inklusive einer Rechnung über 1 491,07 Euro. Das FU-Rechtsamt hat diese Ansinnen fristgemäß zurückgewiesen. Im August 2023 reichten Kowalczucs Anwälte dann beim Landgericht Berlin Klage gegen die Freie Universität Berlin ein. Das Unterlassungsbegehren enthält die Sanktionsdrohung eines Ordnungsgeldes bis zu 250 000,- Euro, ersatzweise Ordnungshaft bis zu sechs Monaten, im Wiederholungsfall Ordnungshaft bis zu zwei Jahren. Seit der Veröffentlichung der ersten ZdF-Ausgabe im Jahr 1996 ist das der erste Fall einer Unterlassungsklage gegen diese Zeitschrift. Nur ein einziges Mal traf bisher Anwaltspost mit einer Richtigstellungsforderung ein. Es handelte sich dabei um eine Beschwerde des u.a. für Desinformationskampagnen in Westdeutschland verantwortlichen Mitarbeiter der DDR-Generalstaatsanwaltschaft Carlos Foth, der sich durch den inzwischen als Anwalt tätigen letzten Generalstaatsanwalt des SED-Regimes, Hans-Jürgen Joseph, vertreten ließ. Für diese Leute war Wissenschaftsfreiheit auch nach der Wiedervereinigung ein Fremdwort geblieben – und nun Kowalczuk.

i. A. Jochen Stadt